

- (A) gleichstehen kann, wird der Anwendungsgehalt für die Anordnung der DNA-Analyse ausgeweitet. Damit wird auch die Speicherung der DNA bei Wiederholungstätern von Bagatelldelikten – zum Beispiel das Schwarzfahren – möglich. Der Wortlaut des Gesetzes sieht eine Begrenzung nicht vor. Das verstößt gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die DNA-Analyse droht damit zu einer Standardmaßnahme zu werden.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts findet in dem vorliegenden Gesetzentwurf keine ausreichende Berücksichtigung.

Wir lehnen den Gesetzentwurf aus diesen Gründen ab.

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Dr. Max Stadler (FDP) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse (Tagesordnungspunkt 12)

Ich lehne jede Erweiterung der Speicherung von DNA-Analysen über den vom Bundesverfassungsgericht erlaubten Umfang hinaus ab.

- (B) Die DNA-Analyse ist ein sehr gutes Beweismittel. Jedoch muss bei der Speicherung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden. Mit jeder Aufnahme zusätzlicher Delikte, bei denen eine Speicherung zulässig ist, entfernt sich der Gesetzgeber immer mehr von den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, weil sonst am Ende die Speicherung auch bei Bagatelldelikten – ohne Wiederholungsfahrer – oder gar ohne jede strafrechtliche Vorverurteilung stehen könnte.

Der heute zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf bringt jedoch eine wichtige Neuerung, die sehr zu begrüßen ist. Er stellt endlich die Reihen-DNA-Tests auf eine gesetzliche Grundlage. Aufgrund eines Vorgangs aus meinem eigenen Wahlkreis lege ich besonderen Wert auf die rechtsstaatliche Absicherung der Reihentests.

Wegen dieser Neuerung habe ich mich entschlossen, den Gesetzentwurf nicht gänzlich abzulehnen, sondern meine differenzierte Bewertung durch eine Stimmenthaltung zum Ausdruck zu bringen.

Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung der projektbezogenen Mechanismen nach dem Protokoll von Kioto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderung vom 11. Dezember 1997 und zur Umsetzung der Richtlinie 2004/101/EG (Tagesordnungspunkt 17)

Ulrich Kelber (SPD): Wir beraten heute zum dritten Mal die nationale Umsetzung der so genannten flexiblen

- (C) Mechanismen des Kioto-Protokolls. Ich begrüße dies ausdrücklich, zeigt es doch, dass dem Klimaschutz heute seine angemessene Aufmerksamkeit gezollt wird.

Das Kioto-Protokoll sieht im Rahmen des Emissionshandels mit der Joint Implementation – JI, gemeinsame Projektdurchführung – und dem Clean Development Mechanism – CDM, Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung – zwei innovative Instrumente vor, die die länderübergreifende Zusammenarbeit im Klimaschutz befördern sollen. Diese flexiblen Mechanismen eröffnen Unternehmen, die die Emission von Treibhausgasen verringern wollen oder zusätzliche CO₂-Zertifikate erwerben wollen, eine weitere Möglichkeit, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren und so Kosten zu sparen.

Obwohl wir uns alle darüber einig sind, dass diese projektbezogenen Mechanismen wichtig und richtig sind und wir sie so schnell wie möglich umsetzen sollten, ist der Versuch einer überparteilicher Einigung leider gescheitert. CDU/CSU wollen sich heute enthalten, die FDP besteht auf ihren zusätzlichen Forderungen, obwohl die Koalition bereits zwei von drei Forderungen übernommen hat. Mein Eindruck ist deshalb eindeutig, dass die FDP keine Einigung wollte.

Wir sind doch mit der FDP völlig einig, dass möglichst rasch auch nationale Ausgleichsprojekte möglich sein müssen. Es ist aber eben auch klar, dass sie erst dann umsetzbar sind, wenn es dafür klar definierte EU-Regeln gibt. Das haben auch die eingeladenen Experten bestätigt. Diese EU-Regeln werden nächstes Jahr vorliegen, dann muss zügig umgesetzt werden.

- (D) Abgelehnt haben wir die Forderung nach einer Streichung der Möglichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung und nach der Berücksichtigung von Senken.

Die Ablehnung der Umweltverträglichkeitsprüfung durch FDP ist mir völlig unverständlich. Es muss doch in unser aller Interesse sein, dass der Klima- und Umweltschutz vor Korruption geschützt wird. Wollen Sie wirklich windigen Geschäftemachern und korrupten Beamten, die es ja nun einmal in vielen Staaten noch gibt, ein solches Einfalltor eröffnen?

Ich denke, es ist in unser aller Sinne, dass Projekte im Zweifelsfall überprüfbar sein müssen. Ich bin auch sicher, dass die deutschen Unternehmen ein großes Interesse an dem Schutz, an der Sicherheit durch die Möglichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung haben. Es geht bei der fakultativen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht um zusätzliche Bürokratie, sondern darum, dass wir der Korruption in bestimmten Ländern keinen Vorschub leisten wollen. Dies ist erklärtes Ziel auch der deutschen Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Ähnlich sehe ich das bei der FDP-Forderung, auch Senken zu ermöglichen. Senkenprojekte sind! ökologisch höchst bedenklich, weil es sich eigentlich nur um eine Verschiebung des Problems auf später handelt. Sie sind also weder nachhaltig noch wirklich kontrollierbar. Das kann keiner wollen.

Durch die ablehnende Haltung der FDP und die unentschlossene der CDU/CSU besteht jetzt durchaus die

- (A) Gefahr, dass dieses Gesetz im Bundesrat vertagt wird und sich die Umsetzung damit wegen der Neuwahl um mindestens ein Jahr verzögert. Dies würde bedeuten, dass Sie für mindestens ein Jahr der deutschen Wirtschaft mutwillig ein wichtiges Instrument zum Erwerb von CO₂-Zertifikaten vorenthalten, ein Jahr, in dem andere europäische Unternehmen bereits erste Projekte angehen können.

Ich kann deshalb nur noch einmal nachdrücklich an die Opposition appellieren: Blockieren sie dieses Gesetz nicht! Die deutsche Wirtschaft will dieses Gesetz. Mittelstand und Wirtschaftsverbände haben ihre klare Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Mit diesem Gesetz schaffen wir klare Regeln für kostengünstigeren Klimaschutz. Mit diesem Gesetz schaffen wir die Möglichkeit, dass die Zertifikatspreise günstiger werden. Und mit diesem Gesetz schaffen wir die Möglichkeit, die Technologie zur Erzeugung von erneuerbarer Energie, in der Deutschland Weltmarktführer ist, an wichtige Märkte heranzuführen. Das ist: Technologietransfer, wie ihn sich die Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Verabschiedung des Kioto-Protokolls vorgestellt haben. Damit sollten wir schnell beginnen.

Gabriele Groneberg (SPD): Ein Teil der Debatte um den Clean Development Mechanism dreht sich um die Frage, wie und auf welche Schultern die Verantwortung verteilt wird, die sich aus der Produktion von Treibhausgasen ergibt. Klar ist, die Mehrzahl der von uns Menschen in die Atmosphäre entsandten Treibhausgase stammt aus den Industrieländern. Wir selbst haben uns unzweifelhaft intensiv um die Vermeidung von Treibhausgasen und um deren Reduzierung zu bemühen. Gleichzeitig muss man aber deutlich machen, dass das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern nicht bedeuten kann, hier die Emissionen erst auf den Level der Industrieländer zu bringen, bevor man dann anschließend Reduktionen fordern und auch fördern wird.

- (B) Bis heute sind von den Entwicklungsländern noch keine verbindlichen Reduktionsvereinbarungen eingegangen worden, dennoch ist das Interesse an Klimaschutzmaßnahmen sehr groß. Denn Klimaschutzmaßnahmen haben nicht nur positive Auswirkungen auf die Umwelt, sie sind auch für die Entwicklungsländer wirtschaftlich sinnvoll. Man braucht hier nur die Entwicklung des Ölpreises als Stichwort zu nennen.

Wir wollen den Entwicklungsländern – aber vor allem aber auch den Schwellenländern – helfen, den Ausbau ihrer Wirtschaft so zu gestalten, dass neue Technologien wie auch Effizienzsteigerungen dazu dienen, den Anteil an Treibhausgasen erst gar nicht auf den Stand der Industrieländer zu bringen. Dies beinhaltet aber, dass es für diese Länder in technischer und finanzieller Hinsicht attraktiv sein muss, dieses Ziel zu erreichen und es bedeutet, dass man ihnen dabei helfen muss.

Wir leisten mit unserer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Entwicklungspolitik dazu einen aktiven Beitrag. Wir nehmen Einfluss auf politischer Ebene, aber vor allem unterstützen wir mit zahlreichen praktischen Maßnahmen, mit konkreten Projekten in der Zu-

- sammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern (C) Beiträge zum Klimaschutz. Das reicht von finanzieller Unterstützung zur Steigerung des Anteils regenerativer Energien bis hin zur Beratung unserer Partnerländer zur Vorbereitung auf den CDM.

Eine wesentliche Aufgabe sehen wir in der Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien. Nach wie vor werden in vielen Entwicklungsländern fossile Energieträger zur Erzeugung von Strom und Wärme oder als Kraftstoffe subventioniert und für Anlagen der Windkraft oder Photovoltaik werden hohe Zölle, Steuern oder Abgaben verlangt. Hier setzen wir auf den Politdialog, um Reformen anzumahnen oder zu unterstützen. Wir helfen, neue Finanzierungs- und Verbreitungsmodelle unter Einbeziehung der Privatwirtschaft anzubieten, die den Nachteil der relativ hohen Anfangsinvestitionen ausgleichen können.

Interessant ist dies vor allen Dingen für Unternehmen, die im Rahmen der eigenen Erfüllungsquote Projekte nutzen wollen, aber auch für Unternehmen, die Interesse an Investitionen haben. So sind Projekte in den Entwicklungsländern denkbar, ähnlich wie die bereits geplanten in Bulgarien und Aserbaidschan. In Aserbaidschan beispielsweise soll ein Projekt durchgeführt werden, welches die Erfassung von Methangas bei einem Ölfeld in Aserbaidschan nutzen soll. Dieses Begleitgas soll dann genutzt bzw. verkauft werden. In Bulgarien wird ein Windpark in der Nähe von Sofia errichtet und durch den hier erzeugten Strom eine Reduzierung von Treibhausgasemissionen erreicht. Die Zertifikate aus diesem Projekt können dann erworben werden.

- (D) Die Projektideen sind vielfältig, es gibt sie für die Nutzung von Bioenergie oder Photovoltaik ebenso wie für die Nutzung von Wasserkraft.

Nicht aus den Augen verloren werden darf, dass vor allem die Energieeffizienz zur Reduzierung von Treibhausgasen genutzt werden muss, zum Beispiel bei der Wärmeversorgung, bei der Stromproduktion oder in der Industrie.

Somit eröffnen sich durch den CDM neue Chancen für unsere Unternehmen im Bereich der Umwelttechnologien und der Anlagen für die Bereitstellung von Strom und Wärme auf dem Weltmarkt. Durch die „flexiblen Mechanismen“ des Kioto-Protokolls wird Klimaschutz auf hohem technischem Niveau betrieben – und zwar zum gegenseitigen Nutzen.

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach) (CDU/CSU): Vor wenigen Tagen legte die Europäische Umweltagentur die aktuelle Treibhausgasbilanz der EU-Mitgliedstaaten vor. Einmal mehr wurde hier deutlich, dass Deutschland sein nationales Klimaschutzziel – bis 2005 die Kohlendioxidemissionen um 25 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren – weit verfehlt hat. Noch vor wenigen Jahren kritisierten Rot und Grün das 25-Prozent-Ziel als zu gering. Heute erhofften Sie sich, Herr Bundesumweltminister Trittin, dass Sie mit 19 Prozent erreichter Minderung wenigstens das 21-Prozent-Ziel innerhalb der europäischen Lastenteilung bis 2012 erreichen können. Das ist eine Bankrotterklärung in der Klimaschutzpolitik!